

Staatsbeamter in der braunschweigischen Gefandtschaft in Berlin vereidigt worden und hat anschließend daran, wie allen Erstes gemeldet wird, seine Dienstgeschäfte übernommen. Der Regierungsrat und braunschweigische Staatsbürger ist also nunmehr fit und fertig und könnte seiner der braunschweigischen Regierung gegenüber abgegebenen Erklärung entsprechend unumkehrbar daran gehen, „für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs in weitestem Umfang tätig zu sein“, wenn nicht dieser „weitestem Umfang“ inzwischen eine kleine Einschränkung erfahren hätte, wonach er nicht fit und fertig in der Gefandtschaft Dienst tun, sondern die ihm im Auftrage des braunschweigischen Ministeriums durch die Gefandtschaft zu überweisenden Sonderaufträge zu erledigen haben wird. Man darf wohl annehmen, daß diese Sonderaufträge, auch ohne daß er als Beamter den ihm rechtlich zustehenden Urlaub nimmt, ihm genügend Zeit lassen werden, zunächst erst einmal seine Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft zu vertreten, worin er vermutlich bis zum 13. März ausreichend beschäftigt sein dürfte. Am 1. April aber wird, wie die braunschweigische Regierung erst vor wenigen Tagen erklärt hat, die Gefandtschaft in Berlin aufgelöst werden, sobald Hülser wahrscheinlich nur die letzten Hälften des kommenden Monats für die Durchführung der ihm zugedachten Sonderaufträge als Gefandtschaftsbeamter tätig sein werden. Ob dann eine Verlegung nach Braunschweig erfolgt oder ob er

S. Bocholt, 2.
Nachprüfung an
naßm ihren
des Gymnasiums
naßm haben
dies folgende
Stenerr (Widiz
willenshaft); R
Schlotmann
Schneider
Weidenau (Theo
logie); Terste
ther Wilhelm
Höbner (Theo
brundert
Hermann, We
Bocholt (Zollau
lehrer); Böck
Kurt, Bocholt
(Zehnt); Jato
Rabbe Heinz
noch acht Oberpr

p. Bocholt
Oberbürgermeister
Vertretern des
Der Preis für
vom 22. Februar
ab Baderladen g

Frei
v. Bocholt, 2.
mitgeteilt, daß
bereit erklärt hab
zuhalten. Das
am Osterforn

h. Bocholt, 2.
daß in den letzte
Grundbesitzern
wurden, als man
lügen Gerüchten
des Ostes kam
dem Warte zu
sich Geld erla
verleibt. Mit d
baumstämme be
zuviel werden m
ausgeliefert wer
zu dicke Zweige
auch den verbleib
entwurzeln förm
licht und Luft zu
sporen und die
Bauer gefundes
tamt. Durch
und Asten wird
entfernt und die
Kämpfer mit Kett
die Rinde vor St
nicht bekämpft.
größte Schädling
Ernte in Frage
kämpft werden
legt hat, wird
durch Wärfen
niedergehalten
gens gekommen
bäume nur mit
gute Ernte zu
mehr und Kalkm
gramm Kalks,
mangel, um den
vergorrene Stän
diesen Arbeiten,
reichliche Frucht

Der Kaiser-W
tag) abends 8,30
sammlung ab. D
sammlung bekann

Jungfrauenf
am morgigen Son

Sondervorstell
des Niederrheins
Sonntag, dem 6
Richard Wagners
gegen 20 Uhr. E
stellung sind au
Zehnerarten we
Fahrtartenausgabe
Glen, Wesel ufw
am Montag, dem
am Donnerstag,
Nachfrage nach
Es empfiehlt sich
die Eintrittskarten

Amt Ried
Am
S. Die Amtsw
am Donnerstag
Bäume eine Ver
nahme der Jahres
vorgenommen. S
129 982,60 M und
ein Bestand von
ist zu bemerken,
fende Einnahmen
60 000 M (Ausga
enthalten sind. D
pflege, wonach d
wird, soll bis au
glieder der Rasse
(Barlo) und Geme
wurden einmündig
Beihilfe an den
lich der Kreisver
Weiter stelle die
Werkstoffe betrie
gegangen ist, die

Der Kaiser-W
tag) abends 8,30
sammlung ab. D
sammlung bekann

Jungfrauenf
am morgigen Son

Sondervorstell
des Niederrheins
Sonntag, dem 6
Richard Wagners
gegen 20 Uhr. E
stellung sind au
Zehnerarten we
Fahrtartenausgabe
Glen, Wesel ufw
am Montag, dem
am Donnerstag,
Nachfrage nach
Es empfiehlt sich
die Eintrittskarten

Amt Ried
Am
S. Die Amtsw
am Donnerstag
Bäume eine Ver
nahme der Jahres
vorgenommen. S
129 982,60 M und
ein Bestand von
ist zu bemerken,
fende Einnahmen
60 000 M (Ausga
enthalten sind. D
pflege, wonach d
wird, soll bis au
glieder der Rasse
(Barlo) und Geme
wurden einmündig
Beihilfe an den
lich der Kreisver
Weiter stelle die
Werkstoffe betrie
gegangen ist, die

Der Kaiser-W
tag) abends 8,30
sammlung ab. D
sammlung bekann

Jungfrauenf
am morgigen Son

Sondervorstell
des Niederrheins
Sonntag, dem 6
Richard Wagners
gegen 20 Uhr. E
stellung sind au
Zehnerarten we
Fahrtartenausgabe
Glen, Wesel ufw
am Montag, dem
am Donnerstag,
Nachfrage nach
Es empfiehlt sich
die Eintrittskarten

Deutsche Volkspartei Westfalen-Süd in Auflösung.

Derimund, 28. Febr.
In Anwesenheit des Abgeordneten Hugo sagte heute der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Westfalen-Süd im „Vindenhof“. Die für 8,30 Uhr anberaumte Sitzung zog sich deshalb so lange hin, weil bis gegen 7 Uhr interne Besprechungen stattfanden. Ein Teil der D. V. P. hat sich schon seit längerer Zeit für einen Anschluß an die Deutschnationalen ausgesprochen. Dem Abgeordneten Hugo gelang es im Verlauf der Vorbesprechungen nicht, eine klare Linie zu ziehen. Ein Teil der Ausschüßmitglieder sprach sich dafür aus, daß sie sich der Organisation der D. V. P. anschließen hätten, weil die Interessen der Parteimitglieder bei der Volkspartei nicht mehr vertreten werden könnten. Nach längerer Aussprache wurde die Entschcheidung darüber, ob der Wahlkreis der D. V. P. Westfalen-Süd restlos zur D. V. P. überzutreten solle, vertagt.

Eine Berliner Meldung, daß der Vorstand des Wahlkreises der D. V. P. Westfalen-Süd seinen Vorstoß niedergelegt hat, soll insofern unrichtig sein, als der Generalsekretär Hemde sich bisher nach keiner Richtung festgelegt habe.

Mahnahme wird angeführt, daß die Preise für Roggenmehl trotz der ständigen Preissteigerungen der meiste Gewinn nicht wieder gefaßt, sondern ständig weiter gegeben seien und um mehr als zwei Mark höher lägen für einen Sack Mehl als zu Anfang des Jahres. In dem gleichen Zeitraum seien die Weizenmehlpreise sogar um fünf Mark für 100 kg gestiegen. Die Mitglieder des Badergewerks Groß-Berlins läßen sich, nachdem sie mehr als sechs Wochen die Kosten dieser Mehlerzeugung unter schweren Opfern selbst getragen hätten und nach Lage des Getreidemarktes in absehbarer Zeit kein Rückgang der Mehlpreise zu erwarten sei, gezwungen, den Brotpreis um zwei Pfennig für das 1250 Gramm-Brot zu erhöhen. Es sei selbstverständlich, daß bei entsprechender Senkung der Mehlpreise auch der Brotpreis sofort wieder gesenkt werden würde.

Wie die Telegraphen-Linien erzählt, ist der Reichskommissar für die Preisüberwachung der Lebensmittel, daß die Erhöhung nicht gerechtfertigt ist und daß es den Bäckern bei der fallenden Tendenz der Roggen- und Weizenmehlpreise, insbesondere mit Rücksicht auf die Vorverläufe von Roggen, die ab 1. März auf den Markt kommen und annähernd einen Monatsbedarf decken — möglich sein werde, den bisherigen Brotpreis zu halten. Der Reichskommissar wird am Sonnabend vormittag mit den zuständigen Stellen verhandeln, um eine Brotpreiserhöhung für Berlin zu verhindern.

Die übrigen Abstimmungen im Reichstag.

Reichstag fordert Sperrung der Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig und Aufhebung des Reichswehrverlasses.

Reichspräsidentenwahl am 13. März.

Berlin, 28. Februar.
Gegen 5 Uhr heute nachmittag, nachdem noch sieben Stunden geräuschvoll debattiert worden war, begannen die übrigen Abstimmungen. (Über den Verlauf der Abstimmungen berichten wir an anderer Stelle.) Zunächst wurde der Wahltermin der Reichspräsidentenwahl der Regierungsvorlage entsprechend für den ersten Wahlgang auf den 13. März, für den eventuell notwendig werden werden zweiten Wahlgang auf den 10. April festgelegt. Dafür stimmten sämtliche Abgeordneten aller Parteien. (Geleitet und Referat: Einheitsfront für die Regierungsvorlage.)

Dann folgten die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und die Reichstagsauflösung, darauf wurde der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Reichspräsidenten Hindenburg abgelehnt.

Wie der nationalsozialistische Antrag zur Aufhebung des Reichswehrlandes, der die Reichspräsidentenwahl auf den 13. März, für den eventuell notwendig werden werden zweiten Wahlgang auf den 10. April festgelegt. Dafür stimmten sämtliche Abgeordneten aller Parteien. (Geleitet und Referat: Einheitsfront für die Regierungsvorlage.)

Bei diesen Worten ergab sich bei den Nationalsozialisten ein heftiges Gekröse. Sie rufen fortwährend „Aus! Aus!“, dabei wurde von anderen Nationalsozialisten geburmt und auf Schlüssel gepöbelt.

Abg. Roenen (Komm.) erklärte, die Kommunisten werden den nationalsozialistischen Antrag ablehnen, der sich gegen Hindenburg mit der Begründung wendet, daß er zum Bürgerkrieg aufgereizt habe. Das sei eine schändliche Komödie der Nazis, dieser Bürgerkriegs-garde des Großkapitals....

Die Frage, ob die Anträge gegen den Reichspräsidenten zulässig seien, wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Enthaltung verneint.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt, vor den weiteren Abstimmungen erst den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Treibschätzungen zur Abstimmung zu stellen, damit die Nationalsozialisten nicht der Entscheidung in dieser Frage ausweichen könnten.

Gegen die Stimmen der Rechten wurde der Antrag Torgler angenommen. Der kommunistische Antrag, der nun vorweg zur Abstimmung kam, lautete:

1. Alle Treibschätzungen auf Grund des Versailles-Friedensvertrages, insbesondere diejenigen, welche nicht unter das Hoover-Moratorium fallen, werden sofort eingestellt.

2. Alle privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Verleumdungsfall als Kapitalverleumdung bestraft.

Abg. Dr. Fied (Nat.-Soz.) beantragte getrennte Abstimmung. Das wurde jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Dr. Fied erklärte, bei getrennter Abstimmung würden seine Freunde für den ersten Antrag und gegen den zweiten gestimmt haben. Durch die gemeinsame Abstimmung über den ganzen Antrag sei die Zustimmung der Nationalsozialisten unmöglich geworden. (Geschäfter bei den Kommunisten und Rechten: So sehen die Feinde des Weltkapitals aus.)

Erklärungen im gleichen Sinne gaben Abg. Dobrich für das Landvolk und Abg. Hertz für die Deutschnationalen ab.

Der kommunistische Antrag wurde dann in der namentlichen Gesamtstimmung mit 368 gegen 75 Stimmen der Kommunisten bei 108 Enthaltungen der Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Kommunisten riefen im Sprechchor den Nationalsozialisten zu: „Das Kreuz der Ehrenlegion ist euch sicher!“

Als der nationalsozialistische Antrag auf Aufhebung des Reichswehrlandes dem Hausparlament übergeben werden sollte, beantragte Abg. Dr. Fied namentliche Abstimmung mit der Begründung, daß die Ausschüßüberweisung der Abweisung gestimme. In namentlicher Abstimmung wurde mit 290 gegen 254 Stimmen die Ausschüßüberweisung beschlossen. Ein nationalsozialistischer Antrag über die Aufhebung der Versammlungs- und Redefreiheiten wurde ebenfalls abgelehnt.

es vorgelegt wird, den braunschweigischen Staatsdienst wieder zu verlassen, nachdem durch den Eintritt in ihn der gewollte Zweck erreicht worden ist, darüber vermögen wir noch nichts Aufschluß zu geben. Wohl aber wird uns noch über eine Ansprache berichtet, die Hitler nach Leistung des Dienstes gehalten hat. Gewissenhaft vergehen wir, daß er darin seine Freude ausgedrückt, in dem neuen Amt seine Kräfte dem Dienste des Reiches und seiner Gliedstaaten widmen zu dürfen. Registriert sei auch noch, daß die Berufung Hitlers in den braunschweigischen Staatsdienst in Braunschweig selber als ein so großes Ereignis gewertet worden ist, daß es die Nationalsozialisten in nicht weniger als sechzehn Versammlungen am Donnerstagabend verkünden zu müssen glaubten. Nicht alle Gegner der NSDAP. sind gegenüber der merkwürdigen Begebenheit, wie die Einbürgerung Hitlers erfolgte, so großzügig, daß sie sich begnügen, von ihr und den näheren Umständen mit heiterem Lächeln Vermerk nehmen. Es gibt Leute, die sich an den Hitler gebilligten und geförderten Kampf der Nationalsozialisten gegen die „Parteiuchbeamten“ erinnern und nunmehr gern wissen möchten, was denn nun eigentlich nach dem nationalsozialistischen ABC ein richtig gehender Parteibuchbeamter sei, da man ja von Hitler nicht gut behaupten könne, daß er die für sein neues Amt im allgemeinen übliche Vorbildung samt Vorbereitungsdienst nachweisen könne. Aber dies nur nebenbei. Zur Feier des Tages, an dem all das geschah, worauf sich solche Witzbegierde richtet, hat der Stadtrat in Coburg, in dem die Nationalsozialisten über die absolute Mehrheit verfügen, mit ihren Stimmen und der Stimme eines Stahlhelms bei Abwesenheit der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder und Stimmhaltungen von vier Mitgliedern der Fraktion Schwarz-weiß-rot den Herrn Regierungsrat Hitler und nunmehrigen braunschweigischen Staatsbürger zum Ehrenbürger von Coburg ernannt. Erwähnen wir noch, daß es dabei im Abstimmungslokal und auf den Tribünen zu lärmenden Kundgebungen kam, jedoch die Polizei einschreiten, Saal und Tribünen und im Anschluß daran das Rathaus räumen mußte, und daß dann auch noch die Schwarz-weiß-rote Flagge auf diesem Rathaus gehißt wurde, während die Polizei davor aufstellung nahm, so haben wir bis auf die üblichen Heulrufe den Verlauf alles mitgeteilt, was heute nach unseren Informationen über den neuen Staatsbürger mitzuteilen ist.

Begeisterung.

Der von Hitler für seine Aufstellung als Präsidentschaftskandidat prophezeite „Aufbruch der Begeisterung“ hat im Berliner Sportpalast, wo Göbbels bekanntlich als erster die Kandidatur bekanntgegeben hat, sich wie folgt geäußert:

„Ich nie hat so schlagartig, aufbrüllend fast wie plötzlicher Kanonendonner, der Jubelsturm eingeleitet... der Riesenhaal scheint sich plötzlich in einen ungeheuren Vulkan zu verwandeln. Mit einem Schlag stehen die Zehntausende vor und auf ihren Stühlen, reden der Arm und jubeln und lachen und meinen durcheinander. Wohl fünf Minuten lang... Im Ueberstrom der Freude preßt der Gaudium all sein hohes Soldatentum. Jubelnd fällt er seinem Sohne um den Hals und küßt ihn vor all den fünfzehntausend Menschen.“

Diese Schilderung stammt nicht aus dem Aufschrei eines hysterischen Mädelchens, sondern so soll es nach dem Bericht des von Göbbels herausgegebenen „Angriffs“ gewesen sein. Die sonst so kältschnäuzigen und abgegriffenen Berliner scheinen sich danach unter nationalsozialistischer Regie verblüffend gewandelt zu haben. Der Erstaunen insbesondere muß in Ordnung gewesen sein.

Abiturienten und Presse.

In diesem Jahre mehr als je zuvor in langer Zeit darüber, welchen Beruf sie wählen sollen. Es ist ja alles überfüllt, und die Zukunft steht für diese strebsamen jungen Leuten grau und schwarz aus. Wenn man da jetzt in den Zeitungen die Ergebnisse der Reifeprüfungen an den verschiedenen Lehranstalten und dazu die Berichte liest, die die Prüflinge sich ausgewählt haben, so fällt auf, daß mehr als je zuvor die Presse als ein Gebiet angesehen wird, das wohl noch aufnahmefähig sein könnte. So stellen wir alle heute fest, daß sich unter den Abiturienten von vier kleineren höheren Schulen in Rheinland und Westfalen fünf befanden, die Journalisten werden wollten. Ist dies ein Anzeichen dafür, wie die Berufswahl bei den Abiturienten von den vielen Zeugnissen ausfallen wird, an denen die Reifeprüfung noch nicht stattgefunden hat, so muß dem, der weiß, wie die Dinge in der Presse liegen, angst und bange um die jungen Leute werden, die sich jetzt auf den journalistischen Beruf fügen. Eine Warnung erscheint daher wie vor der Ergreifung so manchen anderen Berufs auch vor Hoffnungen am Platze, die sich auf die Zeitungen richten. Von den im Verband der rheinisch-westfälischen Presse organisierten Redakteuren — und das ist nur der größere Teil der in Rheinland und Westfalen tätigen — sind heute nicht weniger als fünfundsiebzig stellungslos, zum Teil schon seit längerer Zeit. Es sind junge, gut eingearbeitete Kräfte darunter und erfahrene Zeitungsmänner in mittleren Jahren. Und wenn sich schon für sie keine Beschäftigungsmöglichkeit bietet, wie mag es dann erst um diejenigen bestellt sein, die sich jetzt in diesen Beruf drängen? Andere Journalisten suchen ihr Brot als freie Mitarbeiter und Berichterstatter. Auch das sind durchweg Männer von Erfahrung und Routine. Aber auch sie haben unter der starken Konkurrenz und der Wirtschaftskrise schwer zu kämpfen. Dabei muß man bedenken, daß etwa 75 Prozent der deutschen Redakteure akademische Vorbildung als Juristen, Volkswirtschaftler, Historiker usw. haben und daß auch von den Universtitäten her heute ein stärkerer Strom als je zuvor zur Presse drängt. Das Angebot an journalistischen Kräften übersteigt also bei weitem die Nachfrage. Und darum warnen wir mit allem Ernste gerade die Abiturienten, sich in Hoffnungen auf den Journalismus zu wiegen.

Brotpreiserhöhung in Berlin?

11 Berlin, 28. Februar.
Das Badergewerbe Groß-Berlins, die Badermeister und Brotfabrikanten, haben beschlossen, den Brotpreis ab Montag, den 29. Februar, um zwei Pfennig herauszusetzen. Zur Begründung dieser

Auslegung der Stimmlisten für die Reichspräsidentenwahl.

11 Berlin, 28. Februar.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichspräsidentenwahl vom 3. — 6. März auszuliegen sind. Die Gemeindebehörden tann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Der Reichsminister des Innern hat ferner durch Rundschreiben die Landesregierungen gebeten, alle Maßnahmen zur Durchführung der Wahl des Reichspräsidenten in der Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen. Unter Hinweis auf die wahlrechtlichen Vorschriften bei den letzten Wahlen wurde ersucht, dahin zu wirken, daß die Gemeindebehörden und Wahlmännervorstände die Reichstimmordnung genau innehalten, um keinerlei Anlaß zu Klagen zu geben. Gleichzeitig wurden allgemeine Richtlinien für die Organisation und Durchführung der Reichspräsidentenwahl gegeben.

70 Arbeiter in Indien ertrunken.

+ Kalkutta, 28. Februar.

Ein Motorboot, das 100 Arbeiter nach Matlaburg transportierte, ist heute früh auf dem Gungli-Fluß umgekippt. Nur 30 Personen konnten gerettet werden.

Züher chinesischer Widerstand.

Unveränderte Lage bei Kiangwan.

(Sanghai, 28. Februar.
Die Lage hat sich an der Front von Kiangwan von gestern abend nicht geändert. Der Artilleriekampf geht weiter. Die Stellung der Chinesen um Kiangwan ist unerschütterlich, obwohl ihre Linie südlich von Kiangwan zurückgedrückt worden ist. Die Japaner geben ihre Verluste bei den gestrigen Kämpfen mit 80 Mann an. Sie erklären, 150 Gefangene gemacht zu haben und rechnen damit, Kiangwan bald einzunehmen. Die Chinesen sollen 300 bis 400 Tote verloren haben.

Die erste und die erste chinesische Division sollten, wie die chinesischen Militärbehörden angaben, schon heute an der Front eintreffen.

Japanische Flugzeuge bombardierten Hangschau und zerstörten den dortigen Flugplatz mit mehreren chinesischen Flugzeugen. Im Luftkampf wurden zwei chinesische Flugzeuge sowie ein japanisches Kampfflugzeug abgeschossen.

Die Kriegskosten für Japan.

(Tokio, 28. Februar.

Das Kabinett beschloß, einen neuen Kredit von 22 Millionen Yen für die Operationen in Sanghai zu bewilligen. Wenn der Geheimrat diesen Kredit billigt, dann wird sich die Gesamtheit der Kredite für die Ausgaben für die Unternehmungen in der Mandchurei und bei Sanghai bis jetzt auf 98 Millionen Yen belaufen. Man nimmt an, daß bis zur Zurückziehung der japanischen Truppen monatlich 10 Millionen Yen für die Operationen in China ausgegeben werden müssen. Die notwendigen Summen werden durch Ausgabe von Sanghaianweisungen der Regierung abgedeckt werden, die u. a. von der Bank von Japan übernommen werden.

Ein Schritt der Mächte in Tokio.

11 Tokio, 28. Februar.

Der französische, der britische und der amerikanische Botschafter haben den Minister des Auswärtigen ersucht, daß die Sorge zu tragen, daß die militärischen Operationen der Japaner in Sanghai sich nur außerhalb der Grenzen der internationalen Konvention abspielen. Sie verlangen weiter, daß die Abgabe der neuen japanischen Truppen, die nach Sanghai entsandt werden sollten, außerhalb der Konvention erfolge.

Der italienische Geschäftsträger, Graf Ciano, hat wegen eines Granatierers aus dem italienischen Kreuzer „Umbra“, der zur Zeit in den Gewässern von Sanghai liegt, eine Demarche unternommen. Die chinesischen Batterien stellen daraufhin die Beschließung der Bucht, wo der Kreuzer vor Anker liegt, ein und setzen sich für einen weiteren Zwischenfall ein.

Französische Kriegslieferungen für Japan.

Paris, 28. Februar.

Wie die Pariser Presse mitteilt, hat das 18. Senegalesische Regiment in Montauban den Beschluß gefaßt, sich zur Verbringung nach China vorzubereiten. Die Quartiermeister seien bereits am 17. Februar mit einem Dampfer abgereist. Auch das 10. motorisierte Dragoner-Regiment werde nach dem Abmarsch nach Fernen Osten. Gleichzeitig wird berichtet, daß die französische Flugzeugindustrie große Aufträge für Kriegslieferungen an Japan erhalten hat. Die Automobilfabrik Renault baue Tanks, Schneider-Creusot liefere Feldgeschütze, Winemeyer und Genatons, Schaffhäuser Flugzeugwerke der Auftrag in Höhe von 200 Millionen Francs für bereits zur Hälfte durchgeführte, Delaunay-Belleville Antriebsmechanismen, und sogar die Automobilfabrik Citroen habe teilweise auf die Schmierindustrie von Japan übertragen. Die polnische Schmierindustrie habe Aufträge im Gesamtbetrag von 3 Millionen Dollar von Japan erhalten. Die Stabwerte hätten 18 000 Granaten und 2 000 Gasgranaten geliefert.

Aus der Heimat.

Nochmals 19 Abiturienten.

§ Bocholt, 27. Februar. Gestern nahm die mündliche Reifeprüfung am Städtischen Gymnasium und Realgymnasium ihren Fortgang. Die restlichen zehn Oberprimaner des Gymnasiums und neun Oberprimaner des Realgymnasiums haben sämtlich die Prüfung bestanden. Es sind dies folgende Gymnasialisten: Kengel Heinrich, Stenem (Medizin); Kintelen Adolf, Bocholt (Rechtswissenschaft); Kottmann Josef, Bocholt (Rechtswissenschaft); Schneider Kurt, Bocholt (Medizin); Solbach August, Weidenau (Theologie); Tade Wilhelm, Bocholt (Theologie); Terstegge Werner, Bocholt (Theologie); Wäther Wilhelm, Coesfeld (Medizin); Wolff Johannes, Nibbeln (Theologie). — Realgymnasialisten: Brundert Fritz, Borken (Wirtschaftswissenschaft); Brüning Hermann, Weleke (Journalistik); von Delft Heinz, Bocholt (Jura); Driesen Anton, Bocholt (Jura); Föding Karl, Südlohn (Technik); Hofrichter Kurt, Bocholt (Jura); Janssen Johannes, Balingen (Technik); Jakob Wilm, Bocholt (Rechtswissenschaft); Kabbas Heinrich, Borken (Landwirtschaft). Heute werden noch acht Oberprimaner des Realgymnasiums geprüft.

Preisverteilung.

§ Bocholt, 27. Febr. Die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters gepflogenen Verhandlungen mit den Vertretern des Badergewerbes hatten folgendes Ergebnis: Der Preis für helles Graubrot wird mit Wirkung vom 28. Februar ab um 3 S von 45 auf 42 S je Kilo ab Baderladen gesenkt.

Freikonzert auf dem Marktplatz.

§ Bocholt, 27. Febr. Vom Verkehrsverein wird uns mitgeteilt, daß auch in diesem Jahre die Kapellen sich bereit erklärt haben, Freikonzerte auf dem Marktplatz abzuhalten. Das erste Konzert wird die Feuerwehrkapelle am Donnerstag (27. März) geben.

Obstbaumpflege.

§ Bocholt, 26. Febr. Es ist erfreulich zu beobachten, daß in den letzten Jahren von Landwirten und kleineren Grundbesitzern erheblich mehr Obstbäume angepflanzt wurden, als man es früher gewohnt war. Aus wirtschaftlichen Gründen ist das zu begrüßen; denn ein großer Teil des Obstes kann so selbst geerntet werden, ein Mehr wird dem Markte zugeführt, wodurch deutsche Ware für deutsches Geld erstanden wird, dieses also dem Vaterlande verbleibt. Mit dem kommenden Frühjahr muß die Obstbaumpflege beginnen, die besonders den älteren Obstbäumen zuteil werden muß. Zunächst müssen die Baumkrone ausgereinigt werden; abgestorbene Äste, ebenso fruchtlose und zu dicke Zweige müssen entfernt werden. Dies kommt auch den verbleibenden Knospen zugute, die sich nun besser entwickeln können. Durch das Auslichten wird der Krone Licht und Luft zugeführt, wodurch gleichzeitig die Blüßspitzen und die Schorfkrankheit bekämpft wird und der Baum gesünder, reines und schmackhaftes Obst erzeugt kann. — Durch Abtragen und Wurzeln von Stämmen und Ästen wird die Baumrinde gesünder, das Ungeziefer entfernt und die Ernährung des Baumes besser. Zur Befreiung der Äste und Wurzeln werden die Stämme im Winter mit Kalkmilch bestrichen. Während der Anstreichung der Rinde vor Frost schützt, wird das Ungeziefer durch ihn nicht bestraft. Unter der Rinde versteckt überwintert der größte Schädling, der Apfelwickler, der die ganze Ernte in Frage stellen kann, weshalb er energig bekämpft werden muß. Wer im Herbst Baumrinde angelegt hat, wird sie darunter finden. Auch die Wurmlaus muß durch Bürsten oder Bestreichen mit den bekannten Mitteln niedergebrosen werden. — Jetzt ist auch die Zeit des Düngens gekommen. Die von vielen geliebte Methode, Obstbäume nur mit Jauche zu düngen, ist veraltet. Um eine gute Ernte zu erzielen, verwenden man Kalisalz, Thomasphosphat und Kalkmehl; auf 25 Quadratmeter je 1 Kilo Gramm Kalisalz, 1 Kilo Gramm Thomasphosphat und 5 Kilo Gramm Kalkmehl, mit den Bäumen dann im März und Ende April veraserte Jauche zu verabreichen. — Unterziehen wir uns diesen Arbeiten, so werden unsere Bäume gesunde und reichlichere Früchte bringen.

Derelie und Veranstellungen.

Der Kaiser-Wilhelm-Kriegerverein hält heute (Samstag) abends 8.30 Uhr im Vereinslokal eine Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung wird auf der Versammlung bekannt gegeben.

Jungfrauenkongregation Klebraden. Der Einkehrtag am morgigen Sonntag ist im Marienobergymnasium.

Sondervorstellung im Stadttheater Dülburg.

Die nächste Sondervorstellung für die Bewohner rechts des Niederrheins im Stadttheater Dülburg findet am Sonntag, dem 6. März 1932, statt. Aufgeführt wird Richard Wagner's „Parsifal“. Anfang 15 Uhr. Ende gegen 20 Uhr. Gültige Zusageverbindungen zu dieser Vorstellung sind auf den Aushängen bekanntzugeben. Die Theaterkarten werden zu ermäßigten Preisen bei den Fahrkartenausgaben Bocholt, Emmich, Empel-Rees, Ellen, Welfel usw. abgegeben. Der Vorverkauf beginnt am Montag, dem 28. Februar 1932, um 14 Uhr und endet am Donnerstag, dem 3. März 1932, um 18 Uhr. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist jetzt schon sehr reg. Es empfiehlt sich deshalb, schon am ersten Verkaufstage die Eintrittskarten zu lösen.

Amt Niederrhein

Amtsversammlung Niederrhein.

§ Die Amtsversammlung des Amtes Niederrhein hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Blume eine Versammlung ab. Zunächst wurde die Abnahme der Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1930/31 vorgenommen. Sie schloß ab in Einnahmen mit 129.982,60 M und in Ausgaben mit 129.690,30 M, so daß ein Bestand von 292,30 M zu verzeichnen ist. Hierzu ist zu bemerken, daß in der genannten Summe durchlaufende Einnahmen und Ausgaben in Höhe von etwa 80.000 M (Ausgaben für Wohlfahrtspflege, Polizei usw.) enthalten sind. Die bisherige Regelung der Wohlfahrtspflege, wonach die Fürsorge durch das Amt ausgeübt wird, soll bis auf weiteres beibehalten bleiben. Die Mitglieder der Kommissionen, Freizeiten von Graes (Barlo) und Gemeindevorsteher Heisterkamp (Holtwick) wurden einstimmig wiedergewählt. Die Gewährung einer Beihilfe an den landwirtschaftlichen Kreisverein gelegentlich der Kreisversammlung in Borken wurde gutgeheißen. Weiter stellte die Amtsversammlung fest, daß das Rheinisch-Westfälische Kreisgericht bisher noch nicht dazu übergegangen ist, die Strompreise im Sinne der Not-

Die Zentrumsparlei im Parteibeziirk Recklinghausen.

Die Deutsche Zentrumsparlei stand im vergangenen Jahre in ihrer Reichstagsvertretung vor der bedeutsamen Aufgabe, der Reichsregierung unter der Kanzlerschaft Dr. Brüning's Wirkungs- und Schaffenstätigkeit zu sichern. Daß damit auch den Zentrumsorganisationen im Lande ungeheure und schwierige Aufgaben zuzufallen, bedarf keiner näheren Begründung. Es galt vor allem, im Lande die Brünings-Front zu stärken und die Zentrumsanhänger und damit das gesamte deutsche Volk über die Notwendigkeit der Brüningschen Politik im stärksten Maße aufzuklären. Kein Jahr in der Zentrumsparlei hat von den einzelnen Parteigruppen ein solches Maß von Verpflichtungen und Arbeiten verlangt wie das vergangene. Das gilt vor allem von der Aufklärungs- und Werbearbeit, die in nachstehenden Zeilen eine kurze Würdigung finden soll.

Im Sekretariatsbezirk Recklinghausen, zu dem die politischen Kreise Bocholt, Borken, Bottrop, Gladbeck, Buer, Recklinghausen-Stadt und Land und Balingen gehören, wurden insgesamt 616 Versammlungen abgehalten, die sich im einzelnen auf folgende Veranstaltungen verteilten:

- 248 große Wählerversammlungen,
- 6 Kreisparteitage (Buer, Weleke, Dorsten, Borken, Recklinghausen, Borken);
- 10 Kreisvorstandsversammlungen (Borken, Nordkirchen, Nordkirchen, Weleke, Recklinghausen, Borken, Recklinghausen);
- 7 kommunalpolitische Tagungen (Borken, Bocholt, Borken, Marl, Borken, Nordkirchen, Weleke);
- 1 Sekretariatsausstellung;
- 1 Schulungsturnus (zweitägiger Kursus über den Nationalsozialismus);
- 18 Rundgebäude der kath. Jugend (Balingen, Gladbeck, Recklinghausen-Stadt, Buer-Stadt, Dorsten,

Bottrop, Weleke, Bocholt, Recklinghausen-Stadt, Nordkirchen, Bocholt, Herben, Gladbeck);

191 Versammlungen und Konferenzen für die Vertrauensleute und Mitarbeiter;

144 Versammlungen und Schulungsabende der Wandpostkinder.

An politischen Vorträgen wurden insgesamt 508 gehalten. Davon entfielen auf Abgeordnete 182, auf den Sekretär 176, auf sonstige Damen und Herren im Bezirk 150.

Auf dem Gebiete des Schriftwechselverkehrs waren folgende Einsätze zu verzeichnen: Eingänge: Karten 188, Briefe 745, Patente 51, Drucksaften 290, Telegramme 8, insgesamt 1272; Ausgänge: Briefe 1545, Karten 876, Drucksaften 10.850, Patente, Päckchen usw. 32, insgesamt 12.802.

Aus der vorstehenden Zahlenübersicht ergibt sich zunächst die Tatsache, daß durch die große Zahl von Versammlungen eine wesentliche bessere Verbindung zwischen Führerschaft, Abgeordneten und den Wählern im Lande hergestellt wurde; ferner ergibt sich, daß nicht nur die radikalsten Parteigruppen durch Versammlungsaktionen Wählermassen zu gewinnen und zu beeinflussen suchten, sondern daß auch die staatspolitisch eingestellten Parteien, in erster Linie die Deutsche Zentrumsparlei, aufzuklären und zu agitieren im Lande versuchten. Wenn in dieser Form in der Aufklärungs- und Werbearbeit fortgeschritten wird, wird auch das Zentrum in Zukunft von den radikalsten Parteien nicht zu überrennen und damit auch zugleich die Voraussetzungen gegeben sein, daß an den Grundfesten des demokratischen Deutschland nicht gerüttelt werden kann.

u. D.

verordnungen zu ernähren, obwohl einwandfrei feststeht, daß die Preise für Gegenstände, insbesondere für Kohlen, die die Grundlage für die Preisgestaltung des Stommes bilden, eine wesentliche Senkung erfahren haben. Die Wasser- und Strompreise sind ebenfalls im Vergleich mit den Preisen der anderen Länder außerordentlich niedrig. Die Wasser- und Strompreise sind ebenfalls im Vergleich mit den Preisen der anderen Länder außerordentlich niedrig.

Sunderwick

§ Ein fester Fang. Zollbeamte konnten hier am Donnerstag nicht weniger als 15 junge Schweine, die aus Holland eingeschmuggelt worden waren, beschlagnahmen. Auch Pferd und Fuhrwerk, auf dem die Schweine transportiert wurden, wurden beschlagnahmt. Der Schmuggler stammt aus Herxbocholt. Die beschlagnahmten Schweine, die bekanntlich so bald wie möglich geschlachtet werden müssen, wurden auf Veranlassung der Polizeiverwaltung des Amtes Niederrhein-Werth im Schlachthof zu Bocholt geschlachtet und an Interessenten verkauft.

× Fahrradradier. Im Dellweg wurde vor einem holländischen Café ein fast neues Fahrrad gestohlen. Der Dieb entkam unerkannt.

Aus dem benachbarten Holland.

Dingperlo

m. Wegen Transportgefahr wurde ein hiesiger Einwohner vom Gericht in Arnhem zu einer Geldstrafe in Höhe von 200 Gulden oder zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war im September vergangenen Jahres bei Doetinchem in dem Augenblick mit seinem Kraftwagen über das Geleise der Eisenbahn gefahren, als ein Zug die Straße passierte. Hierbei wurde der Wagen vollständig zerstört und der Fahrer schwer verletzt.

Dingden

— Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Münster bestand der Schmied Alois Bengel die Meisterprüfung mit der Prädikat Gut.

Rheide

§ Ein Lichtbildabend. Am morgigen Sonntag, abends 8.30 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Bocholt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Saale von Franz Kölling einen großen Lichtbildabend. Er wird die Zuschauer im Geiste nach den Freiheitskriegen und Massengräbern führen, besonders nach Frankreich, Belgien, Polen, Rumänien und der Türkei. Ferner wird der Lichtbildvortrag zeigen, wie verarmt noch mancher Kriegerveteran ist und was für Arbeit schon vom Volksbund geleistet wurde. Studententrat Berners wird am Anschluß hieran einen sehr lehrreichen Vortrag halten. Alle Einwohner des Amtes Rheide, besonders auch die Frauen, sind zu dieser kostenlosen Veranstaltung herzlich eingeladen. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Ortsgruppe Rheide sind noch besonders eingeladen. (Näheres siehe Inserat.)

— Öffentliche Theateraufführung. Am morgigen Sonntag, abends 8 Uhr, findet im kath. Vereinslokal die Wiederholung des mit großem Beifall aufgenommenen Volksstücks „Schuld und Ehre“ statt. Im 1. Akt stellt ein Platz zu sehen, im 2. Akt, die Karten im Vorverkauf zu nehmen. Karten im Vorverkauf beim Kassier 30 S, an der Abendkasse 40 S.

Dardingholt

§ 2 1/2 Zentner Tabak beschlagnahmt. Gestern morgen gelang es Bocholter und Barloer Zollbeamten, im hiesigen Gelände 124,75 Kilo geschmuggelten Tabak zu beschlagnahmen. Die Schmuggler konnten entkommen.

Dom Niederrhein.

Jesselburg

1. Vortragsabend im Jugend- und Jungmännerverein. Am Mittwochabend war der monatliche Vortragsabend, der von den Mitgliedern der einzelnen Vereine gut besucht war. Kapitan Bock eröffnete als Präses die Sitzung. Herr Jacobs, der zum ersten Male bei der Jugend weilt, wurde mit einem kräftigen Teufel begrüßt. Der Präses hielt den Vortragsabend sehr lehrreich und wies auf das Streben und das Wollen der männlichen Jugend hin, in allem echte katholische Jungmänner zu sein. Herr Jacobs dankte für den freundlichen Empfang. Er wies darauf hin, daß in heutiger Zeit jeder von euch sein Leben aufgeben muß, um seinen Beruf zu lernen. Das Ziel eines glücklichen Lebens sei das Jenseits. Das muß man immer vor Augen haben, danach müssen wir sein Leben einrichten. Er sprach seine Freude aus, daß im Verein ein so reges Streben und Frohsinn herrsche. Hauptlehrer Beenen, der im ersten Teile der Heimab-

lichen Vorträge über die ältere Geschichte Jsselsburgs, über Kriege, Brandunglücke und Notzeiten sowie über die Verwaltung und das Gerichtsleben gesprochen hatte, verteilte sich dann über die Einführung der Reformation in Jsselsburg im Jahre 1570, über die lutherische, reformierte und geistliche evangelische Kirche bis zur heutigen Zeit. Heimatsgeschichte interessierte die Jugend. Der Redner fand dankbare Zuhörer. — Am folgenden gemütlichen Teil herrschte fröhliches und munteres Leben. Gelernt und Spiel beherrschten den Abend. Zum Schluß des Winterhochzeit werden wahrscheinlich noch 1 oder 2 politische Schulungsabende stattfinden. Da wir außerordentlich in politisch bewegter Zeit stehen, wird man erwarten können, daß auch an diesen Abenden das Haus reiflich besetzt sein wird. Treu Heil!

r. Aus dem Vereinsleben. Der Christliche Metallarbeiterverband hält am morgigen Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Lokal S. Schmitz eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Vorsitzender Burgard (Duisburg) berichtet über die Auswirkungen der heutigen Wirtschaftskrise und deren Folgen für die Metallarbeiter. — Der kath. Gefellensverein hält morgen abends um 9 Uhr im Vereinslokal seine diesjährige Generalversammlung ab. — Der Theaterklub „Hilflos“ bezieht am Sonntag, dem 6. März, sein 10. Stiftungsfest. Zur Aufführung gelangt „Robert und Bertram“, Lustspiel in 4 Aufzügen.

Aus dem benachbarten Holland.

Dingperlo

m. Wegen Transportgefahr wurde ein hiesiger Einwohner vom Gericht in Arnhem zu einer Geldstrafe in Höhe von 200 Gulden oder zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war im September vergangenen Jahres bei Doetinchem in dem Augenblick mit seinem Kraftwagen über das Geleise der Eisenbahn gefahren, als ein Zug die Straße passierte. Hierbei wurde der Wagen vollständig zerstört und der Fahrer schwer verletzt.

m. Notierungen. Der Butterpreis ging um 5 Cent pro Kilo in die Höhe; er steht jetzt auf 1,65 Gulden; der Eierspreis beträgt 30 oder 31 Cent pro Pfund. — Auf der Eierversteigerung waren 135.000 Eier zum Verkauf gestellt; der Preis schwankte zwischen 2,00 und 3,50 Gulden pro 100 Stück. — Der Schweinepreis ist wieder gestiegen; man zahlt bei einem Gewicht von 100 bis 200 Pfund 9 oder 10 Cent pro Pfund.

Falten

m. Mehr Licht. Ein Teil der Gemeinde, der an Deutschland grenzt, soll elektrisch beleuchtet werden; die Anlage errichtet das N. B. C.

m. 8 Monate Gefängnis für einen Räuber. Das Gericht in Zutphen hat gegen den Wehner S., der seinem Nachbar 1600 Gulden geraubt hat, 8 Monate Gefängnis verurteilt.

Darssveld

m. Diamanten hochzeit. Das Ehepaar J. Th. te B. und G. Huiskamp begeht am 28. Februar seine diamantene Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist 85 und die Jubelbräut 80 Jahre alt. Beide sind noch sehr rüstig.

Eingesandt.

Nochmals: Casspiel der indischen Tanzgruppe.

Der Theaterverein hat mit dem Engagement der indischen Tanzgruppe gut getan. Wer durch Notverordnung, Steuerwiderstand und anderen Ungehorsam leidet, hat sich wieder das Bedürfnis, einmal etwas zu hören und zu sehen, was ihn von der Welt des Dailies abhebt. Er hat aber in dieser ersten Vorstellung keine Ausnahme gemacht für einen, sondern für alle. Diese erfordert viel Vorbereitung, die obenstehend viel Geld und Zeit kostet. — Es ist interessant festzustellen, daß viele Zuschauer und Zuschauerinnen (also Ausländer) unter Theater und den Bürgern verdient haben. Auch bei ersten Aufführungen hatte der Theaterverein ein ausverkauftes Haus. Sogar die Großstädte leiden darunter, daß ernste Kunst vernachlässigt wird. Vielleicht schafft der Theaterverein erst eine Grundlage für die höherstehende Kunst, da man schließlich, zum Schluß der Saison, Madame Butterfly aufzuführen. Es ist ebenfalls bemerkenswert, daß Bocholter Aufführungen bringt, die sonst nur in den Großstädten gegeben werden. Man vergesse nicht, daß der Kunstpunkt ganz hervorragend ist, aber Opern und Operetten im Rundfunk verbreiten nicht, da das Bildschon fehlt. Alle diejenigen, die ernste Kunst früher durch guten Besuch unterstützen, leben in geliebten, geruchamen Verhältnissen. Kommen diese wieder, wird es mit der Kunst auch besser. Mit Kassier Wulf muß man aufpassen, damit man als Erwachsener Verständnis dafür hat. Wir unzufriedenen Ausländer tun heute noch recht viel für die deutsche Kunst. So z. B. sind die Stars der Metropolitan-Oper in New York fast durchweg Deutsche. Das New Yorker und Philadelphiaer Symphonieorchester beschickte zusammen fast 100 deutsche Musiker. Dann trifft man heute noch eine große Anzahl Deutscher im Ausland in Donnersfeld als Musiker, Dirigenten,

Bei Regen, Wind u. Schnee

NIVEA

CREME

Preise: RM. 0.20 - 1.20

Instrumentenbauer, Sänger und Schauspieler für Theater und Film. Sogar Bocholter Musiker finden im Ausland dauernde Beschäftigung. Wir danken sehr sehr für die Überzeugung musikalischer Kenntnisse. Wessen etwa die Oesterreicher, Ungarn und Italiener so wenig in der Musik? Die kleine Schweiz, die wohl auch nicht viel leistet, engagiert vor kurzem den 61-jährigen Dirigenten Felix Weingartner nach Basel als Direktor des Konservatoriums. Er ist sicher perfort und wird trotz seines Alters sehr gut bezahlt. Er wird noch manchen Deutschen nach dort ziehen. Weik man, daß das „amuffistafische“ Ausland im Verhältnis mehr Klavierspieler anforderte als Deutschland. Wir Ausländer verschaffen heute noch manchem Deutschen eine gute Dauerstelle im Ausland. So reist z. B. eine junge Deutsche durch ganz Italien und macht eine Tournee durch die Türkei bis nach Ägypten. Sie singt, begleitet sich selbst und verdient viel Geld. Dann singt sie in einem Ausländer aus einem französischen Orte an einen jungen Mann aus Bocholt: „Ich habe gehört, daß es in Deutschland schlecht ist, aber so, wie Sie es mit sich führen, habe ich es mir nicht vorstellen können. Wenn Sie Lust haben, so mir in Stellung zu kommen, habe ich die Stelle für Sie frei“. Das klingt sogar auf französisch gut. Jedem falls besser als das, was der 8. Einländer im Bocholter Volksblatt vom 24. Februar schrieb: „Min Boellen kömt dat „frömds Volk“ te meffen ganz god müssen“. Kann sich der 8. Einländer noch daran erinnern, daß es ein Ausländer war, der so schöne Worte fand für die Bocholter Sänger, als er jenen Artikel für das Bocholter Volksblatt aus Wien schrieb? Er gehörte auch zum „frömds Volk“. Also darf man auch in Bocholt fremde Künstler unterstützen, besonders diese Hindus, da sie aus einem Land kommen, das schwer unterdrückt wird. Die gleiche Not sollte die Böller näher bringen.

Ein Ausländer.

Gottesdienstordnung

für die Woche vom 28. Februar bis 5. März.

St. Georg. 6 Uhr h. Messe. 6.45 Uhr h. Messe und gem. h. Kommunion des Frauen- und Männervereins. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion der Frauen- und Männervereins. 8.30 Uhr h. Messe und Predigt für die Kinder. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 1. März. 6 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 8.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 2. März. 6 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 8.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 3. März. 6 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 8.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 4. März. 6 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 8.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 5. März. 6 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 7.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 8.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 9.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 10.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 11.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion. 12.30 Uhr h. Messe mit Predigt und gem. h. Kommunion.

Geschäftliches.

Seit vielen Jahrtausenden ist das Getreide das wertvollste und wichtigste Nahrungsmittel der Menschheit. Sein regelmäßiger Anbau hat unsere Kultur begründet. In der Sonne und Luft gereifte Frucht ist eine fast vollkommene Nahrung und in der Zusammenfassung der Körner ist gleichsam eingetrocknete Nahrung. In milderer Mischung enthält das Getreide nicht nur alle Nähr- und Vitamine, deren der Mensch bedarf, sondern auch die lebenswichtigen und zur Gesundheit des Körpers unerlässlichen Reinigungsmittel. Im Volkstum sind sie ungeschätzt erhalten, doch ist es vor allem aus hygienischen Gründen notwendig, die Körner von den schmutzigen, unverbauten Hölzern zu befreien. Das vollbrachten die alten Kulturvölker z. B. die Ägypter, indem sie das Getreide im Wasser einweichen und wuschen, durch Stößen mit Reuten die Hölzern hüllten abzuheben und das Getreide vor der Zerkleinerung auf Weizen oder Roggen zu trocknen. Was vor Jahrhunderten mit der Hand geschäut, besorgen heute in gerader und vollkommener Weise die feinsten Getreide-Reinigungs-Steinmehlmüllerei-Berufsbetriebe. Darum wird auch das Steinmehl als ein wertvolles Nahrungsmittel und als Vorbeugungsmittel gegen alle Arten von Stoffwechselstörungen wie Stomatitis, Karies, Rheuma, Diabetes, Darm- und Hämorrhoiden usw. empfohlen und verwendet. Denn es ist von den Mängeln sonstiger Vollkornmehle frei und enthält keinerlei chemische Zusätze, sondern nur die vollen Nährstoffe und die natürlichen Nährstoffe und Vitamine des Getreides. Wir empfehlen auf den heutigen Angelegen-

Der Schluß der Reichstagsdebatte.

Marx über Hindenburg.

× Berlin, 26. Februar.

Reichstagspräsident Loh teilte bei Eröffnung der heutigen Reichstagsdebatte mit, daß der Abgeordnete Dr. Glagel (D. Vp.) sich wegen Krankheit auf zwei Tage hat beurlauben lassen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Abg. Gotthardt (Dnt.) protestierte unter dem Gelächter der Linken dagegen, daß trotz entgegenstehender Erklärungen der Regierung doch am Donnerstagabend der Rundfunk die geistige Reichstagsdebatte nach der Schlußplattenaufnahme verbreitet hat. (Rufe links: Das war Ihnen wohl sehr unangenehm!)

Präsident Loh erklärte, für die Genehmigung dieser Übertragung sei er allein verantwortlich. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Präsident stellte dann einen Antrag der Deutschen Nationalen zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen.

Abg. Rosenfeld (Nt.-Soz.) wandte sich gegen die getragene Auflösung des Reichstags. Mit seiner Bemerkung, daß die Nationalsozialisten, die die Reichstagsdebatte am 18. noch nicht gewußt, welches sein Vaterland sei, habe Dr. Brüning das tragische Schicksal von 10 Millionen Auslandsdeutschen verurteilt. Die folgenden Sätze wurden von den Nationalsozialisten mit lauten Beifallausdrücken unterbrochen, daß sie auf der Tribüne unverwundbar blieben.

Abg. Dr. Fick (Nt.-Soz.) beantragte die Herbeiführung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.

Abg. Torgler (K.) erklärte, die Kommunisten würden für diesen Antrag stimmen unter der Voraussetzung, daß auch der kommunistische Redner vom Minister angehört werde.

Das Ergebnis der ersten Abstimmung blieb zweifelhaft. Im Sammelgespräch wurde der nationalsozialistische Antrag mit 210 gegen 180 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Beendigung des Sammelgesprächs war Reichsfinanzminister Dietrich an seinem Platz erschienen. Er wurde mit Heiterkeit begrüßt. Als der Präsident die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages verkündete, erhob sich der Minister und verließ den Saal wieder, während die Mehrheit in stürmische Heiterkeit ausbrach. Der nationalsozialistische Abg. Reinhardt, der finanzpolitische Anfragen an die Regierung richten wollte, verging sich nunmehr aufs Wort.

Abg. Baasch (Chr.-Soz. Vd.) führte aus, daß die Christlich-Sozialen, weil sie das Vaterland über die Partei stellen, sich gegen das System des Hitler-Gebots wenden, das die unbedingte nationalsozialistische Parteiparität aufzuerheben wolle. Der Redner erinnerte die Versammlung an die Regierung zur Beilegung der Wirtschaft an, äußerte aber Bedenken gegen manche Einzelheiten der Notverordnung. Der notleidenden Landwirtschaft könne nicht mit den Methoden der Landbesatzung allein geholfen werden. Der Redner wandte sich weiter gegen die außenpolitischen Angriffe der Reichsopposition und betonte, diese könne es nicht ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erfolge erziele.

Abg. Frau Juchacz (Soz.) betonte die Notwendigkeit, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes auch die Stimme der deutschen Frauen zu hören. Wir Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen keinen Weltkrieg.

Der nächste Redner war der Kommunist Dr. Neuhäuser. Während seiner Ausführungen nahm Reichspräsident Goebbels den Präsidentenstuhl ein, eine Tatsache, die im Hause besprochen und besprochen wurde, weil seit dem ersten Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen der Reichspräsidentenstuhl nicht mehr an der Verhandlungsleitung bei den Reichstagsdebatten beteiligt hatte.

Als Reichspräsident Loh das Präsidium wieder übernahm und dem Abgeordneten Dr. Weber (Stp.) das Wort erteilte, verließen die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Dr. Weber-Potsdam (Soz.) erklärte, er wolle seine Behauptung beweisen, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege der politischen Morde vorangehen seien und führte von den Morden gegen Erzberger und Rathenau, die von den Nationalsozialisten verurteilt worden seien, eine große Zahl von Zitaten aus nationalsozialistischen Reden und Artikeln als Beweis an. In dem Dienstvorschriften der nationalsozialistischen Sturmabteilungen werde von „blutiger Waffenschlacht“ und vom „Auseinanderlegen von Marxistenhaufen mit blutigen Säbeln“ gesprochen. In einem bekannten Sturmlied dieser Sturmabteilungen laute die letzte Strophe:

Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut.... die Juden und Marxisten, die bringen uns kein Heil, die Seeverner und Genossen, erschlagen wir mit dem Beil, Blut muß fließen, knipfelpagelbild.

Wir preisen auf die Freiheit der Judenrepublik. Die Verlegung dieses Liedes wurde von der Linken mit kläglichem Applaus begleitet. Der Redner erklärte zum Schluß, gegen die Morde einer Partei, die sich national nenne, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden.

Abg. Gellert (Komm.) rief: Herr Groener, was lag es zu Ihren jüngsten Reden! Ein Hundstot, wer diese Morde nicht in die Reichswehr aufnimmt. (Heiterkeit bei den Kommunisten. — Präsident Loh ermahnte um Ruhe.)

Abg. Schulze-Stapen (D.-Ntl.) bedauerte, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Das Kabinett Brüning habe trotz Schiele und Schlangens die deutsche Landwirtschaft in den Abgrund geführt. Die vorbringe-liche Aufgabe der kommenden Regierung müsse sein, den Osten zu befestigen. Vorbedingung aber für jede Sicherung sei die Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liege die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning müsse abtreten.

Abg. Cispian (Soz.) wandte sich gegen nationalsozialistische Angriffe und erklärte, kein ausländischer Mensch könne seine so zitierte Meinung dahin auslegen, daß er dem Arbeiter die Rube zum Vaterland abspreche. Er stehe auf dem Standpunkt des ermordeten Jägers, daß jede Nation ein Schachhaus der Kultur sei, daß aber alle Völker sich zu einem großen Menschheitsreich zusammenschließen müßten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arb.-P.) machte der Regierung den Vorwurf, daß sie planmäßig die Ernährungsfrage der Arbeiterklasse abbaue. Ihm und seinen Freunden stehe Thälmann tausendmal näher als Hindenburg.

Von einzelnen Nationalsozialisten wurde während dieser Rede „mähmähmäh“ gerufen. Von links wurde darauf noch rechts gerufen: Sie können den Flegel nicht verzeihen!

Abg. Dr. Führ-Baden (Z.)

wies nationalsozialistische Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des badischen Zentrums zurück. In allen deutschen Ländern stehe das Zentrum einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Diktator unannehmbar sei. — Auf laute Zurufe der Nationalsozialisten rief der Präsident die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley und Glorian zu zweimaliger Ordnung. Unter lauten Hört-Hört-Rufen der Mehrheit gittete Abgeordneter Dr. Führ

die Versammlung Adolf Hitler zu ausländischen Pressevertretern, daß die Nationalsozialisten keineswegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangten. Hitler habe auch die deutschen Südtiroler Italien preisgegeben und sich für ein Südtiroler ausgesprochen.

In einer Fußnote an das schicksalige Hauptorgan Italiens habe Gregor Strasser im Auftrag Adolf Hitlers als offizielle Parteimeinung der deutschen Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die sogenannten Südtiroler Fragen inmaligen Diskussionen nicht mit einem falschen italienischen Bilden würde (Lebhaftes Hört! Hört!). Die Nationalsozialisten hätten erst in einer Proklamation erklärt: Wir verzichten auf keinen Südtiroler und auf keinen Deutschen Südtiroler. Das Treuebekenntnis zu den Deutschen Südtirolern ist dann auf Befehl der deutschen nationalsozialistischen Parteileitung gegeben worden.

So spricht die Hitlerpartei zum Ausland, während sie hier die Parteien verächtigt, die ihre ganze Kraft für Deutschland einlegen.

Die ganze Zentrumspartei stehe in unverrückbarer Treue zum Kaiser, zu seiner Politik und zum Reichspräsidenten. (Abg. Frank 2 (N.-Soz.) rief: Was ist denn Deutschland dem Zentrum? Er wurde zur Ordnung gerufen.)

Abg. Lucke (W.-P.) wandte sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Kredit von 500.000 Mark für die Deutsche Reichsbank ausbezahlt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bezeugt, daß an dieser von dem Abg. Feder (S.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei und daß sie in allen Teilen frei erfunden sei. Der Redner behauptete, die Wirtschaftspartei hätte ihre Zustimmung zum Kabinett von finanziellen Zugeständnissen direkt oder indirekt in irgend einer Art abhängig gemacht, sei ein erbsüchtiger Ehrgeiznecker und gewissenloser Verleumder.

Abg. Dr. Marx (Z.) erklärte, wenn an Hand von Zitaten aus der Zentrumspresse versucht worden sei, zu beweisen, daß das Zentrum seine Standpunkte gegenüber der Person Hindenburg geändert, so sei dem entgegenzusetzen, daß diese Zitate aus dem Zusammenhang gerissen seien und deshalb nicht als beweiskräftig anerkannt werden könnten. Er habe damals auf seiner Versammlung in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Deutschlands aus schwerer Kriegsgefahr herorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschkommuniqué an Hindenburg gerichtet. Damit sei der Beweis dafür erbracht, daß man solche Wahlkampfe auch ritterlich und ehrenhaft ausführen könne.

Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Würde und Hingabe an das Vaterland geliebt, und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen.

Dr. Marx hob hervor, daß seine Zusammenarbeit als Kanzler mit dem Reichspräsidenten von 1926 bis 1928 ungetrübt gewesen sei. Aber schon damals hätten manche, die sich als treue Freunde des Zentrums betrachteten und als solche auch von ihm geliebt worden seien, ihn wegen seiner allseitigen Notwendigkeiten Rechnung tragenden und einem engen Parteistandpunkt abholden. Ein solches Parteiverständnis verstand das Zentrum nicht. Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei. (Beifall im Zentrum.)

Bevor die Aussprache fortgesetzt wurde, erklärte Abg. Zabadach (Komm.), er habe jedoch ein Telegramm erhalten, wonach bei dem Unglück auf der Karlsruher Zentrums-Grube in Oberbühlertal getöteten sieben Bergleuten die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei. (Überbrückung des Abg. Dr. Kleiner (D.-Ntl.)

Der Redner beantragte daher u. a., daß diese Entlohnung doch erfolge und den getöteten Bergleuten ein adäquater Erholungsurlaub gewährt werde. (Erregte Auseinandersetzungen der Kommunisten mit dem Abg. Dr. Kleiner, der u. a. rief: „Das ist eine üble Parteipolitik!“ Bei einer Feiler zur Ehre der Rettungsmannschaften hat ja der Vorsitzende des Betriebsrates der Verwaltung seinen besonderen Dank für ihre Hilfsmittel ausgedrückt.“ — Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Everling (D.-Ntl.) bezeichnete die Tatsache der Übertragung der gestrigen Brüning-Rede im Rundfunk als typisch für die mangelnde

Ehrlichkeit des Systems. Gegen den Pessimismus des Volkes könnten nur die Erfolge eines neuen Mannes und eines neuen Kabinetts helfen. Das heutige System sei nur noch eine hohle Schale. Was fällt, so schloß der Redner, soll man noch stöhnen! Darum, Herr Reichskanzler, geben Sie den Weg frei: Das nationale Deutschland will durch!

Abg. Dr. Fick (N.-S.) beantragte nochmals die Herbeiführung des Reichsfinanzministers Dietrich. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten gegen die Rechte abgelehnt. Nach der Ablehnung erklärte Minister Dietrich unter allgemeiner Heiterkeit am Regierungstisch.

Abg. Reinhardt (N.-S.) beschäftigte sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Kabinette des Reichskanzlers Dr. Brüning. Die Reichsregierung befände sich in ihrer Haushalts- und Kreditgarantie außerhalb der Verfassung. Ihre letzten Maßnahmen seien verfassungswidrig.

Abg. Dr. Spahn (D.-Ntl.) kam auf die neuesten Berichte von der Genfer Abrüstungskonferenz zurück und äußerte die Befürchtung, daß die deutsche Delegation dort eine Haltung einnehme, die mit dem in der ersten Genfer Rede des Reichskanzlers vertretenen deutschen Standpunkt nicht vereinbar sei. (Abg. Erling (Z.) rief: „Wie haben Sie sich vor dem Einzug der Franzosen in Straßburg verhalten?“ Wollen Sie diese Angelegenheit formulieren? (Abg. Erling rief: „Vor dem Einmarsch der Franzosen haben Sie Straßburg als eine der ersten verlassen!“) Ich habe meine Pflicht in Straßburg bis zum letzten Moment getan; aber Sie scheinen fast zu wünschen, daß ich mich den Franzosen ausgeliefert hätte. Ich fordere den Abg. Erling auf, unter Verzicht auf seine Immunität den gerichtlichen Wahrheitsbeweis für die gegen mich gerichtete elende Verleumdung zu erbringen. (Unruhe und laute Zurufe der Deutschnationalen.) Vom Zentrum ist es eine ganz besondere Gemeinheit (Protokolle im Zentrum. — Präsident Loh rief den Redner zur Ordnung.) Wir fragen den Reichskanzler, ob er auf Grund der neuen Berichte den Leiter der deutschen Delegation, Adolff, auf der Abrüstungskonferenz von Genf abberufen hat, weil er den vom Reichskanzler vertretenen deutschen Standpunkt preisgegeben hat. Erfolgt diese Abberufung nicht, dann müßte der ganze Reichstag einmütig aus diesem außenpolitischen Unlufte den Sturz des Reichskanzlers verlangen. (Beifall rechts) Ich richte einen letzten Appell an den Reichskanzler, nach diesen letzten Ereignissen den Feldmarschall v. Hindenburg nicht mehr als Kandidaten für sein Regierungssystem in Anspruch zu nehmen.

Reichsfinanzminister Dietrich erwiderte auf die vom Abg. Reinhardt erhobenen Vorwürfe, sie seien durch die Tatsachen in keiner Weise begründet. Der Minister erläuterte nochmals die Reichsbeteiligung an der Stützung und Zusammenlegung von Gokhonen. Die Regierung hat alle Initiativen angewandt, um die schwierigen Finanzen zu ordnen. Wir haben das deutsche Volk mit schweren Steuern belasten müssen. Wir mußten es tun, weil wir an den besten Handhabeln unserer Aufgaben, nämlich an den Kriegs-, Schulden- und Wohlfahrtsaufgaben nichts wesentliches ändern konnten.

Es ist nicht die Unfähigkeit der Regierung oder des Finanzministers, die uns die schweren Lasten auferlegt hat, sondern es liegt einfach daran, daß wir unsere Arbeitslosen nicht einfach verschlucken lassen können.

(Laute wiederholte Rufe des Abg. Reinhardt, die den Minister überhörten.) Wenn die nationalsozialistischen Forderungen angenommen worden wären, dann müßte ich einmal sehen, wohin wir mit unseren Finanzen gekommen wären. (Abg. Reinhardt und andere nationalsozialistische Abgeordnete machten weitere laute Zurufe.) Der Minister sagte weiter, die von Schacht und heute von Reinhardt vorgebrachten Angriffe seien zwar

schädigend für den deutschen Kredit, aber sie entsprächen nicht den Tatsachen. (Die Nationalsozialisten riefen fortwährend laut: „Die Schachtwörter! Die Schachtwörter! Warum erheben Sie nicht im Monatsausweis?“) Minister Dietrich antwortete, weil sie nur halbjährlich auszugeben werden. (Heiterkeit bei der Mehrheit, Widerspruch und laute Zurufe der Nationalsozialisten.)

Herr Reinhardt ist übrigens ein schlechter Berater des Finanzministers, denn er hat mir in einer der wenigen Ausnahmefällen, denen er beizuwohnte, den Rat gegeben, eine Milliarde oder 900 Millionen mehr auszugeben.

Dietrich wandte sich weiter gegen einen Zursch, in dem behauptet worden war, die Regierung habe sich von den Banken hereinlegen lassen. Von einer Hereinlegung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht befaßt habe. Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsbank die völlige Rekonstruktion des Bankwesens in die Wege zu leiten.

Ohne eine Rekonstruktion des Bankwesens konnte auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht betrieben werden. Das Reich ist nicht eingestürzt, weil die Banken einen Druck auf uns ausgeübt hätten, sondern weil wir genötigt waren, die Banken als notwendiges Instrument unserer Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Gegenüber den Kritikern an der Finanzgarantie der Reichsregierung wies der Reichsfinanzminister darauf hin, daß neun Milliarden Mark allein für Kriegsbeteiligungsverpflichtungen, Hinterbliebenenfürsorge, Wohlfahrtsausgaben, Arbeitslosenfürsorge und Schuldenzinsen erforderlich seien. An diesen Hauptposten lasse sich nichts ändern. (Lebhafter Widerspruch rechts. — Große Unruhe im Hause.) 1,8 Milliarden Mark seien für Beihilfen, Pensionen, Wehrmacht und ähnliche Dinge erforderlich. Auch hieran sei nicht mehr viel zu ersparen. Die eigentlichen Ausgaben seien auf den Vorkriegsstand zurückgeführt worden. Wenn nicht die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosigkeit aufzubringen wären, würde die Reichsregierung den Haushalt sehr bald in Ordnung gebracht haben. Wir haben niemals gesagt, daß wir die Umwälzung nicht im Notfall doch noch erhöhen würden, sondern wir haben uns diese Reserve stets noch vorbehalten. Wo wären wir hingekommen, wenn wir in den vergangenen Jahren nach außen hin so in Pessimismus verfallen hätten, wie Sie (nach rechts) jetzt! Wir sind selbst bei unseren Schätzungen pessimistisch und vorsichtig gewesen, so wie es angebracht war. Wir haben u. a. die Zahl der Arbeitslosen höher geschätzt, als sie heute am Ausgang des Winters tatsächlich beträgt. (Lachen rechts.) Der Minister beschäftigte sich schließlich noch mit gewissen Angriffen des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht und erklärte, die Summe der Reichsschuldwechsel belaufe sich heute auf den gleichen Betrag wie 1918, nämlich auf 400 Millionen Mark. Dieser Betrag könne nicht den Grund zu irgendwelcher Beanstandung geben. Der Minister rief den Nationalsozialisten am Schluß zu: Sie haben mir ja sogar im Haushaltsausgang den Rat gegeben, eine Milliarde mehr auszugeben. (Zuruf des Abg. Reinhardt (N.-S.): Das ist nicht wahr! — Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Abg. Erling (Z.) legte die Auseinandersetzung mit dem Abg. Dr. Spahn fort und meinte, dieser hätte es ebenso machen sollen, wie Laubende von anderen Beamten, Arbeitern und Angehörigen, die auch beim Einmarsch der Franzosen auf ihrem Posten geblieben und sagten: Wir weichen nicht vor der Gewalt!

Nachdem noch Abg. Reinhardt (N.-S.) erklärt hatte, der Minister habe seine Angaben nicht widerlegen können, fand die Aussprache ihr Ende, und es begannen die Abstimmungen (über die wir im Hauptblatt berichten).

Die Sklarek-Pastete.

„Dienst am Kunden“.

× Berlin, 25. Februar.

In der Donnerstagsdebatte werden im Sklarek-Prozess Stadtbankbeamte als Zeugen vernommen. Hierbei wird der Verteidiger der Sklareks, Rechtsanwalt Dr. Bindard, die Frage auf, ob es richtig sei, daß der Stadtbankdirektor Hoffmann in den Büroräumen der Sklareks Kreditgeschäfte der Sklareks an die Stadtbank abgelehnt habe, und daß ihm bei dieser Arbeit ein Diner von dem Sklarek-Restaurant Belger vorgelegt worden sei. Hoffmann: Ich habe im ganzen zweimal den Sklareks schlagende Andeutungen über die Kreditanträge gegeben. Das mit dem Diner stimmt nicht. Ich sollte zu Kolowrat gehen, um eine Pastete zu essen. Die Herren Sklarek haben mich so liebenswürdig, ich sollte doch die Pastete bei ihnen essen, und sie ließen welche holen.

Da bin ich unglücklichlicherweise geblieben, ich übertrug Mensch, und habe die Pasteten gegessen. (Allgemeine Heiterkeit.) Vorl.: Haben Sie denn gar kein Gefühl dafür, Herr Hoffmann, ob ein Stadtbankdirektor beim Essen, und mögen es auch bloß Pasteten sein, nicht

seinen Kunden Kreditanträge diffundieren darf? Hoffmann: Ich habe nichts dabei gefunden und wollte den Dienst am Kunden erfüllen. Vorl.: Halten Sie es für einen Direktor wirklich für zulässig, daß er seine Geschäftsfälle beim Frühstück erledigt?

Hoffmann: Ich habe doch nur zufällig geantwortet. Vorl.: Man frühstückt aber nicht zufällig, wenn man einen solchen Posten bekleidet. Vorl.: Dr. Bindard: „Wer sollte denn über diesen Antrag entscheiden? Sie beantragen doch die Kredite für die Sklareks bei sich selbst.“ Hoffmann: „Was soll ich denn darauf sagen.“

Es ist zum Wahnsinnig werden. Vorl.: „Das genügt mir.“ Hoffmann aufspringend: „Was, das genügt Ihnen, mir noch lange nicht.“ Leo Sklarek (Schreiend): „Sie sind es doch gewesen, der an uns wegen der Wette herantreten ist.“ Durch diesen Angriff Leo Sklareks wurde Hoffmann in äußerster Erregung verlegt.

Er schlug mit der Faust auf den Tisch, daß der Rauch bis auf den Korridor hinaustrübte, und schrie: „Es ist ja zum Verzweifeln, daß mich das Schicksal mit so einem Herrn zusammengebracht hat.“ Ganz erschöpft ließ er sich dann auf seinen Platz fallen.

Er kaufte sich die Saure und schlachte vor sich hin. Nach einer Pause hielt der Vorsitzende Hoffmann entgegen, daß er bisher beklagt habe, den Sklareks irgendwelche Direktiven für die Kreditanträge gegeben zu haben, daß er es aber jetzt wohl geben müsse. Will Sklarek erklärte hierzu, daß Hoffmann ihm nicht nur Stichworte angegeben, sondern die Kreditanträge völlig diffundiert habe.

Die Vernehmung des Rechnungsdirektors Neumann in der Freitagssitzung nahm für Stadtbankdirektor Hoffmann einen außergewöhnlich befallenen Ausgang. Hoffmann habe ihm (dem Zeugen) in seiner Eigenschaft als Leiter der Prüfungsstelle erklärt, daß die Sklareks lediglich Originalrechnungen einbrachten, die von der Stadtbank an die Bezirksämter weitergeleitet wurden. Der Zeuge habe aber später erfahren, daß Hoffmann mit dieser Auskunft der Hauptprüfungsstelle etwas Falsches gesagt habe. Bei einer zweiten Unterredung habe Neumann Hoffmann daher gefragt, ob er wisse, daß die Sklareks keine Originalrechnungen, sondern Kopien an die Stadtbank überwießen und diese auch nur teilweise an die Bezirksämter weitergegeben würden. Hoffmann habe darauf geantwortet: „Ja, ich weiß das; es geschieht aber mit meinem Einverständnis.“

Ein Wärter von Löwen schwer verletzt. Stettin, 24. Febr. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der heutigen Abendvorstellung des Jenfischhallen-Theaters, wo ein Wärter, der unmittelbar vor dem Auftreten eines Abendkompteurs den auf die Bühne gebachten Käfig betrat, von zwei Löwen angefallen und zu Boden gerissen wurde. Bevor es gelang, die Tiere von dem Unglücklichen abzurufen, war er so schwer verletzt worden, daß er sofort in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Löwe mußte, um den am Boden Liegenden befreien zu können, von einem Polizeibeamten erschossen werden.

Endgültige Annahme der englischen Einfuhrzollvorlage.

Preissteigerung erwartet.

× (London, 26. Februar.

Die Gesetzesvorlage über die Einfuhrzölle wurde gestern spät abends vom Unterhaus in dritter Lesung mit 442 gegen 62 Stimmen angenommen.

In der Aussprache wandte sich der Bergbauminister Foot, der zu den liberalen Freihändlern gehört, gegen die Einfuhrzölle. Dem Volk, meinte er, würde leicht ein Vorwurf an die Schultern gelegt, zu dessen Abkühlung Schicksal nicht liegen. Als der Minister geendet hatte, gab es so etwas wie einen konservativen Aufbruch, und von allen Seiten des Hauses kamen Rufe: „Zurücktreten!“

In einem Schlußwort gab der Schatzkanzler Chamberlain zu, daß er ebenfalls für die von den Schutzzöglern vorausgesetzte Preissteigerung erwarte; er betonte aber, daß die neuen Zölle dafür verantwortlich gemacht werden könnten. Die Preise seien auf ihrem niedrigen Stand angekommen, und es sei unvermeidlich, daß sie nunmehr wieder in die Höhe streben. Chamberlain glaubt aber nicht, daß die Preise höher kämen, als sie etwa vor anderthalb Jahren gewesen seien. Die Ausführungen des Schatzkanzlers wirkten wenig überzeugend, und es war überhaupt geträumt im Unterhaus nicht mehr viel von der Begeisterung zu finden, mit der die Einführung des Schutzzöglers vor einigen Wochen begrüßt wurde.

Die neuen Schweizer Einfuhrkontingentierungen.

× Basel, 26. Februar.

Der gefürchtete zweite Beschluß des Schweizerischen Bundesrats über den Export weiterer Kontingente im Warenverkehr mit dem Ausland ist am Freitag gefaßt worden. Von den Einfuhrkontingenten wird vornehmlich die deutsche Einfuhr betroffen, ferner Einfuhren aus Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, der Tschechoslowakei und aus den Vereinigten Staaten. Die Anwendung der Kontingentierungen auf die einzelnen Länder bleibt dem Volkswirtschaftsdepartement überlassen. Waren, die gleichzeitig aus welchem Ursprungsland sie stammen, einer Kontingentierung unterliegen, sind Eier, Faserstoffe zur Papierfabrikation, Unterlagstoffe aus Gummi, Glas und Glaswaren, Metallgegenstände und Landmaschinen.

Deutschland dürfte noch im besonderen bei Papierwaren sowie Eisen- und Metallwaren betroffen werden. Ein weiterer Bundesratsbeschluß betrifft den Export neuer erhöhter Zölle u. a. für Lederwaren, eigene Herbe und Fellen, Eisenmehl, Viehwaren, Messerwaren, Gabeln und Waren aus Kupfer und Nickel.

